

**Wortprotokoll 26. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2019/2023
21. Legislaturperiode****Donnerstag, 6. Oktober 2022, 19.00 Uhr
im Rathaussaal**

Anwesend	40 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	–
Absolutes Mehr	21
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GR Wolfender, Gemeinderatspräsident
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Stefanie Frey

Traktanden**Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 8. September 2022

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Djelili, Malzim / Djelili, Ebip / Djelili, Shaqir / Djelili, Ajra
3. Hömberg, Verena
4. Labus, Alin / Labus, Maria-Mihaela
5. Pisconti geb. Gabele, Ramona / Pisconti, Damiano / Pisconti, Chiara / Pisconti, Alessio
6. Ziberi, Rinor

Botschaften

7. Budget 2023 Stadt Kreuzlingen
8. Übernahme der Betriebsführung der Gesamtanlage Bad Egelsee durch die Stadt Kreuzlingen ab dem 1. Juli 2023

Verschiedenes

9. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Guten Abend miteinander. Ich begrüße euch und Sie alle zur heutigen Gemeinderatssitzung. Wir haben viel auf dem Programm, deshalb bitte ich euch – damit meine ich in erster Linie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte – auf Wiederholungen zu verzichten, auch wenn es wahlpolitisch interessant wäre.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 8. September 2022

Abstimmung

Das Protokoll wird mit 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

2. Djelili, Malzim / Djelili, Ebip / Djelili, Shaqir / Djelili, Ajra

Entscheid

Djelili, Malzim / Djelili, Ebip / Djelili, Shaqir / Djelili, Ajra wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Hömberg, Verena

Entscheid

Hömberg, Verena wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Labus, Alin / Labus, Maria-Mihaela

Entscheid

Labus, Alin / Labus, Maria-Mihaela wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Pisconti geb. Gabele, Ramona / Pisconti, Damiano / Pisconti, Chiara / Pisconti, Alessio

Entscheid

Pisconti geb. Gabele, Ramona / Pisconti, Damiano / Pisconti, Chiara / Pisconti, Alessio wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Ziberi, Rinor

Entscheid

Ziberi, Rinor wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Hiermit wird Ihnen das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt. Ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Gemeinderats und hoffe, Sie freuen sich ebenso wie wir.

Botschaften

7. Budget 2023 Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch

Der Ratspräsident: Das Traktandum Budget 2023 beinhaltet auch die Kenntnisnahme des Finanzplans. Nach der Verabschiedung des Budgets gibt es Gelegenheit, sich zum Finanzplan zu äussern oder dazu Fragen zu stellen. Das Eintreten zum Budget ist obligatorisch. Sie haben per Mail vom 4. Oktober 2022 Informationen zur Veränderung des Budgets durch das Hafenreglement erhalten.

STP Niederberger: Sie finden auf Ihrem Tisch, respektive haben Sie per E-Mail erhalten, die Tischvorlage bezüglich der Auswirkungen aufgrund der Totalrevision des Hafenreglements. Als wir im Stadtrat Ende August das Budget 2023 verabschiedeten, wiesen wir ein Ergebnis von minus CHF 2.356 Mio. aus. Der Gemeinderat hat am 8. September 2022 der Totalrevision des Hafenreglements zugestimmt, dies hat Veränderungen in der Spezialfinanzierung und einen Erneuerungsfonds zur Folge. Wir haben versucht, dies auf der Tischvorlage abzubilden. Aus der Auflösung der Spezialfinanzierung kommen CHF 3 Mio., weiter gibt es Stornierungen Einlage. Das ist die letzte Tranche, die in die Spezialfinanzierung geflossen wäre. CHF 2 Mio. gehen als Einlage in den Erneuerungsfonds, sodass im Budget 2023 ein neues Ergebnis von minus CHF 1.152 Mio. resultiert. Es ist ersichtlich, dass es sich bei den CHF 1.06 Mio. um einen einmaligen Vorgang handelt und wiederkehrend rund CHF 200'000 in die jährlichen Budgets einfließen, falls der Erneuerungsfonds nicht angeknabbert werden muss. Das ist die Hälfte dessen, was normalerweise in die Spezialfinanzierung floss. Neu fliesst alles in die Erfolgsrechnung, ausser man muss den Erneuerungsfonds wieder auffüllen.

GR Dufner: Ich darf aus den beiden FRK-Sitzungen berichten, einerseits vom 15. September, wo wir uns von Matthias Möllene, VR-Präsident der Bodensee-Arena, über die Situation bei der Bodensee-Arena orientieren liessen und den Finanzplan angeschaut und zur Kenntnis genommen haben, sowie aus der Sitzung vom 22. September, in der wir das Budget beraten haben.

Das Budget wurde uns vom Stadtrat mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2.4 Mio. vorgelegt. Wie STP Niederberger soeben erläutert hat, beträgt der Aufwandüberschuss aufgrund der Veränderungen durch das Hafenreglement nur noch knapp CHF 1.15 Mio. Und wenn es so läuft wie in den vergangenen Jahren, wage ich fast schon die Prognose, dass wir auch im nächsten Jahr einen positiven Abschluss entgegennehmen dürfen. Im Rahmen des Budgets wurde uns vom Stadtrat vor allem der Personalaufwand vorgestellt, der gemäss Budgetunterlagen um 4.4 % zunimmt. Darin enthalten sind 2.1 % Teuerung im Vergleich zu den Zahlen, die wir im Budget 2022 hatten. Konkret heisst das, wir haben im Vergleich zum Vorjahr 865 Stellenprozente mehr, wovon rund 800 Stellenprozente auf das Familien- und Freizeitbad Egelsee entfallen. Hierzu haben wir noch eine separate Botschaft, und es ist bekannt, aus welchen Gründen diese zusätzlichen Stellenprozente erforderlich sind. Bei den Investitionen sind CHF 23.4 Mio. vorgesehen, die wir zu knapp CHF 4 Mio. oder einem Sechstel selbst finanzieren können, was zu einem Abbau des Nettovermögens bis Ende 2023 auf etwa CHF 4 Mio. führt. Vor dem Hintergrund der positiven Vermögenslage der Stadt und auch der Ertragssituation hat der Stadtrat eine Steuerfussenkung von 2 % bereits im Rahmen seines Antrags zur Diskussion gestellt, sprich beantragt. Im Rahmen der Diskussion in der FRK haben wir den Stellenetat genau geprüft. Wir liessen uns von den einzelnen Departementsverantwortlichen die Veränderungen erklären. Im Rahmen der Bauverwaltung entstand eine etwas längere Diskussion, dort war vor allem die Aufstockung um 50 % im Bausekretariat Diskussionsgegenstand. Man hatte das Gefühl, das sei nicht zwingend notwendig und könnte mit den bereits vorhandenen Personalkapazitäten erfüllt werden, wobei auch die EDV eine gewisse Erleichterung bringe, welche nicht berücksichtigt worden sei. Auf der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, dass man nicht linear alle Baugesuche über einen Leist schlagen könne, sondern dass es

auch komplexere Baugesuche gebe und das der Bürger, der Baugesuchsteller, den Anspruch habe, dass sein Gesuch zügig bearbeitet wird und er die Baubewilligung bekommt, weshalb diese 50 %-ige Aufstockung im Bausekretariat notwendig sei. In der Abstimmung wurde der Streichungsantrag deshalb mit 3 Ja gegen 6 Nein abgelehnt.

Im Rahmen des Investitionsbudgets haben wir den Investitionskredit 13 diskutiert. Dort geht es um die Freie Strasse innerhalb des Sammelkontos, wo es ein Projekt gibt, wonach man den Bahnübergang für den motorisierten Verkehr sperren würde und dort nur noch der Langsamverkehr (Velo und Fussgänger) passieren könnte. Geplant ist auch eine Umgestaltung der Freien Strasse, was eine Verringerung der Parkplätze zur Folge hat. Deshalb wurde die Frage aufgeworfen, ob dieses Projekt nicht auch eine politische Dimension habe, was ein *3 verlangen würde und es somit eine Botschaft gäbe, was dann im Gemeinderat diskutiert werden könnte. In Franken handelt es sich bei der Freien Strasse um CHF 1.5 Mio. In der Diskussion kam die Frage auf, ob das Parkhaus – sollte es dereinst gebaut werden – überhaupt noch gleich genutzt würde, wenn man über die Seestrasse zufahren müsse. Die Abstimmung fiel mit 5 Ja gegen 3 Nein bei 1 Enthaltung zugunsten eines *3 aus.

Weitere Diskussionen gab es im Zusammenhang mit der Schifffahrt (Investitionskredite 136 und 191). Dort tauchte die Frage auf, warum diese Projekte auseinandergenommen werden, weil sie zusammen nahe bei CHF 2 Mio. wären und allenfalls eine Volksabstimmung nötig wäre. Es wurde darauf hingewiesen, es sei aus Klarheitsgründen unterteilt worden, damit ersichtlich sei, welcher Teil wie viel koste. Es geht einerseits um das Ausbaggern des Hafens und andererseits um die Steganlage, die gestützt auf das Behindertengesetz angepasst werden muss. Der Antrag auf *3 wurde mit 1 Ja gegen 8 Nein abgelehnt.

Diskussionen gab es auch zur Linie 907 Tägerwilen, wo der Betriebsbeitrag erneuert werden muss. Die Gemeinde Tägerwilen bezahlt eine Pauschale von CHF 175'000. Die Linie 907 kursiert zu etwa zwei Dritteln auf dem Gebiet der Gemeinde Tägerwilen. Hier war die Frage, ob es nicht eine Botschaft brauche, um in diesem Zusammenhang mit der Gemeinde Tägerwilen zu diskutieren, dass diese sich mit zwei Dritteln beteiligen würden. Dieser Antrag wurde in der FRK mit 2 Ja gegen 7 Nein abgelehnt.

Im Rahmen der Diskussion zu Projektkosten Massnahmenplan Klima wurde darauf hingewiesen, dass Titel und Kommentar nicht übereinstimmen, weil im Titel von Massnahmen die Rede sei und im Kommentar von Förderung. Es wurde darauf hingewiesen, dass man heute nicht ein Nachfrageproblem, sondern ein Angebotsproblem habe. Deshalb wurde ein Antrag gestellt, den Förderbeitrag von CHF 10'000 für Solarenergie zu streichen. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja gegen 7 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Dann wurde der Antrag gestellt, den Beitrag an die Südwestdeutsche Philharmonie, um CHF 10'000 zu kürzen und diesen Betrag je zur Hälfte der Ballettschule Kreuzlingen und dem Karate-Sportcenter Kabashi zu geben. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, dass diese in ihren Bereichen sehr gut unterwegs sind und Weltmeister- und Europameistertitel haben und dafür keine Gegenleistung von der Stadt Kreuzlingen erhalten, obwohl diese Leistungen immer propagiert würden. Von Seiten der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass es hierfür einen Antrag dieser Vereine brauche und man dann eine Leistungsvereinbarung abschliessen und nicht einfach spontan Geld ausschütten könne, wobei es sich beim Karate-Sportcenter Kabashi nicht um einen Verein, sondern eine professionelle Institution handle. Aus diesem Grund wurde der Antrag mit 3 Ja gegen 5 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Zusammenhang mit der Steuersenkung wurde von einem FRK-Mitglied ein Antrag auf Verzicht auf die Steuersenkung gestellt, dies zugunsten der Äufnung eines Fonds von CHF 1 Mio. zur Unterstützung von in Not geratenen Familien, vor allem im Zusammenhang mit den steigenden Energiepreisen, andererseits für Fördermassnahmen in der Energiethematik. Nach einer Diskussion, ob ein Verzicht auf eine Steuersenkung mit der Äufnung eines solchen Fonds überhaupt verbunden und in einer Abstimmung unterbreitet werden könne, wurde diese Abstimmung in der FRK vorgenommen. Dies im Wissen, dass der Gemeinderat dies entscheiden muss. Der Antrag wurde mit 3 Ja gegen 5 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt. Darauf folgte ein Antrag auf eine Steuersenkung um 5 %. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, dass seit 2007 ein Überschuss von jährlich durchschnittlich CHF 3.7 Mio. bzw. 7.6 Steuerprozent erwirtschaftet wurde und die Stadt Ende 2023 ein freies Eigenkapital von rund CHF 72 Mio. hat. Es wurde gesagt, man sei immer zögerlich, wenn es um Steuersenkungen gehe. Würde man dies

machen, wenn es einem gut geht, sei es dann auch verständlich, dass in schlechteren Zeiten die Steuern erhöht werden müssten. Wenn man aber bei Steuersenkungen immer so zögerlich sei, müsse man sich nicht wundern, wenn der Bürger später bei Steuererhöhungen ebenfalls zurückhaltend sei. Dieser Antrag wurde mit 4 Ja gegen 5 Nein abgelehnt. Das Budget mit einer Steuerfussenkung um 2 % wurde in der Abstimmung mit 6 Ja gegen 3 Nein dem Gemeinderat zur Annahme empfohlen.

GR Hummel: Das vorliegende Budget 2023 haben wir wie jedes Jahr sehr intensiv angeschaut und diskutiert. Der Kommissionsentscheid, für die Sanierung und Umgestaltung der Freien Strasse eine Gemeinderatsbotschaft zu verlangen, wurde angenommen. Thematisiert wurde auch der Stellenetat, der gegenüber dem Vorjahr um 865 Stellenprozent zugenommen hat. Wie vom FRK-Präsidenten erwähnt, entfallen 800 Stellenprozent auf das Familien- und Freizeitbad Egelsee, im Gegenzug fällt beim Steueramt der Stellenetat für die Quellensteuer weg, der Jurist der Bauverwaltung wird pensioniert, anschliessend wird der Rechtsbeistand ausgelagert, ebenso der Brandschutz. Also ist es nicht so, dass die anderen Abteilungen nur 65 Stellenprozent bekämen. Diskutiert wurde auch die geplante Neuschaffung des Ressorts Sport. Wir befürchten dort, dass der neue Ressortleiter in absehbarer Zeit noch administrative Manpower benötigen wird, wie das in der Bauverwaltung passiert ist. Dort wurde vor einem Jahr ein Sachbearbeiter Hochbau eingestellt und als Folge davon musste man jetzt noch eine 50 %-Stelle im Sekretariat schaffen. Diskutiert wurden auch die hohen Sanierungskosten der Liegenschaft Seeweg 5, die seit dem Heimfall vor knapp einem Jahr um CHF 200'000 höher ausfallen werden, als damals vom Schätzer der errechnete Sanierungsbedarf nach fünf Jahren ausgewiesen war. Generell wurde auch die Problematik des Mitteleinsatzes der Investitionsrechnung diskutiert. Der Mitteleinsatz im laufenden Jahr 2022 hinkt wie jedes Jahr beträchtlich hinter der Planung her, sodass die Verpflichtungskredite per Ende Jahr noch weiter steigen werden. Diskutiert wurde die neue Rechnung Hallenbad Egelsee. Über die Botschaft zur Übernahme des Egelsee durch die Stadt befinden wir ja erst nach der Budgetberatung. Kostenmässig ändert sich unter dem Strich nichts, auch falls der Betrieb durch die Schule erfolgen sollte. Der Kostenteiler des Restdefizits ist definiert und bleibt in jedem Fall gleich. Thematisiert wurden auch Projektkosten Massnahmenplan Klima, wobei die Fraktion die Meinung vertritt, dass hier teilweise Aufgaben übernommen werden, die gar nicht Sache der Stadt und damit auch überflüssig sind. Letztendlich wurde der Steuerfuss diskutiert. Die vom Stadtrat geplante Steuerfussenkung um 2 % wird begrüsst, das geht der SVP-Fraktion aber aus verschiedenen Gründen zu wenig weit. Die SVP-Fraktion wird beim Rückkommen einen Gegenantrag zum Stadtrat einbringen und ihre Gründe dazu erläutern. Die SVP-Fraktion macht die Zustimmung zum Budget von der Diskussion und den Beschlüssen über den Steuerfuss abhängig.

GR Leutenegger: Die mehrstündigen Kommissionssitzungen erfolgten in einer kritischen, aber sehr konstruktiven Atmosphäre. Ein grosser Dank dafür gebührt dem Stadtrat, aber auch den Abteilungsleitern, die jederzeit souverän und schlüssig Fragen beantworten konnten. Ein weiterer Dank gebührt aber auch dem Kommissionspräsidenten, der eloquent, sachkundig und immer mit der nötigen Prise Humor durch die Sitzungen führte.

Die FL/G-Fraktion hat das Budget ebenfalls sehr intensiv behandelt und ist einstimmig für Annahme des Budgets. Diese Annahme ist aber abhängig vom weiteren Verlauf der Steuerfussdiskussion. Im Gegensatz zur SVP sehen wir das natürlich ganz anders – nicht natürlich, aber es hat sich einfach so ergeben – wir möchten am bisherigen Steuerfuss von 66 % festhalten. Und wenn ich vorhin bereits die Natur bemüht habe, möchte ich hier gleich weiterfahren. Murmeltiere zum Beispiel beginnen auch nicht im Oktober eine Diät. Vor allem nicht, wenn ein unsicherer Winter bevorsteht und alle Vorzeichen eher darauf hindeuten, dass es Überraschungen geben könnte oder Sachen passieren könnten, die man nicht voraussehen kann. Deshalb sind wir der Meinung, es ist jetzt völlig verantwortungslos, den Steuerfuss jetzt zu senken, wo jeden Tag Vorgänge passieren können, die wir nicht im Griff haben, welche über Nacht ganz andere Aufgaben an die Stadt stellen können. Wenn das Murmeltier dann im Juni oder Juli aufwacht und denkt, das war jetzt doch ein bisschen unnötig und ich habe übertrieben und die Zeiten ein bisschen Besserung versprechen, kann man 2023 immer noch darüber sprechen und den Steuerfuss dann senken. Zum jetzigen Zeitpunkt halten wir das für den falschen Zeitpunkt.

GR R. Herzog: Unsere Fraktion hat das Budget ebenfalls mit grossem Interesse studiert und über diverse Aspekte länger diskutiert. Der Stadtrat legt ein Budget mit einem Fehlbetrag vor, der nun aufgrund der Veränderungen im Zusammenhang mit den Häfen tiefer ist, dies wurde bereits erläutert. Das Budget ist geprägt von weiteren zunehmenden Unsicherheiten, wenn man es mit dem letzten und dem vorletzten Jahr vergleicht. Zinsentwicklung – wir wissen nicht so recht, wohin es geht. Die politische Lage – schwierig, heikel, auch hier wissen wir nicht, wohin es geht. Die wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit der politischen Lage – wir wissen nicht, wohin es geht. Wie entwickeln sich die Sozialkosten in Abhängigkeit mit der politischen und wirtschaftlichen Lage? Es ist eine Vielzahl von Unsicherheitsfaktoren, welche uns im Moment beschäftigen. Zudem wissen wir, dass hohe Investitionen anstehen. Einige sind bereits beschlossen, in Ausführung, andere sind unabdingbar, müssen in den nächsten Jahren kommen. Ich komme später noch darauf zurück.

Der Personalaufwand wurde von den Vorrednern bereits erwähnt, dieser nimmt aufgrund eines höheren Stellenetats und des Teuerungsausgleichs zu. Die beantragten neuen Stellenprozente sind unserer Meinung nach gerechtfertigt und sinnvoll. Sie basieren zu einem Teil auf Volksentscheiden (Egelsee) und/oder sind sonst aufgrund der Situation und der Entwicklungen klar begründet.

Eine Vernachlässigung von gewissen Aufgaben bzw. wenn Aufgaben nur noch mit einer zeitlichen Verzögerung wahrgenommen werden könnten, ist sicher nicht im Sinn des Bürgers. Beispielsweise Baugesuche. Wenn die Baubewilligungen monatelang nicht ausgestellt werden können, ist das in niemandes Sinn. Es ist aber auch klar, dass gewisse Ausgaben deshalb wichtig sind, weil, wenn man sie nicht macht, grosse Folgekosten auf uns zukommen könnten. Stichwort Krankenkassenkontrollstelle. Das sind Sachen, wo es sich einfach lohnt, rechtzeitig die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit nicht irgendwann das grosse Erwachen mit langfristigen Folgekosten auf uns zukommt.

Investitionen können im nächsten Jahr und auch in den angezeigten Folgejahren nur in ungenügendem Mass selbst finanziert werden, was nicht nur zu einem schnellen Abbau des Nettovermögens führt, sondern zu einem Aufbau eines beträchtlichen Nettoschuldenbergs.

Unsere Fraktion stimmt dem Budget grundsätzlich zu, wird aber in der Schlussabstimmung einen Antrag stellen bezüglich Steuerfuss.

GR Salzmann: Unsere Fraktion ist fast einstimmig für die Annahme des Budgets. Auch, aber vor allem aufgrund des tieferen Steuerfusses. Wir stimmen auch einstimmig für den *3 beim Projekt Freie Strasse, wozu der Kommissionspräsident die Gründe erläutert hat. Des Weiteren möchten wir unsere Kultur- und Sportvereine stärken, dies zulasten der Subventionen an Konstanzer Institutionen, dazu wird es zu gegebener Zeit einen Fraktionsantrag geben.

Wir bedanken uns beim Finanzchef Thomas Knupp, seinem Vorgesetzten Thomas Niederberger und dem gesamten Stadtrat für dieses Budget.

Da ich als letzter Fraktionssprecher aufgestanden bin und am kürzesten gesprochen habe, noch etwas von der FDP-Parlamentsgruppe: In den vergangenen Jahren sind die Nein-Stimmen zum Budget im Gemeinderat stetig gewachsen, weil immer mehr Gemeinderäte den Eindruck bekommen haben, dass die Finanzlage der Stadt eine leichte Senkung des Steuerfusses ermöglicht. Letztes Jahr um diese Zeit war es denkbar knapp. Wir haben dann als FDP-Partei mittels Parteitagsbeschluss den Stadtrat aufgefordert, eine Steuersenkung von 2 Prozentpunkten für das Budget 2023 umzusetzen. Der Stadtrat hat das nun gemacht, wofür ich mich im Namen der FDP sehr bedanken möchte. Kurz zusammengefasst: FDP wirkt und jeder hat nach dem heutigen Abend hoffentlich mehr Geld in der Tasche.

Der Ratspräsident: Danke erst einmal für die Fraktionsmeinungen. Zu den Einzelmeinungen, zu denen auch eine FDP-Meinung gehören würde, weil ihr nicht allein eine Fraktion seid, hätte ich nun gleich aufgerufen. Bitte nächstes Mal einen Absatz machen oder zumindest zwischendurch absitzen. Gibt es noch anderweitige Einzelmeinungen zum Budget?

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Seite 9, Investitionsnummer 0290, Alternative Wärmeerzeugung, Hauptstrasse 88 + 90

GR Leuch: Wir sprechen hier von einem sehr hohen Betrag, das wurde auch schon in der BU und GKS diskutiert, Lösungen gab es dort dafür aber keine. Irgendwo am Horizont haben wir die Vorstellung eines Wärmenetzes in Kreuzlingen dereinst. Früher oder später werden wir auch an diesem Ort darüber wahrscheinlich diskutieren, weil die Heizung des Egelsees auch irgendwann ersetzt werden muss. Meine Frage lautet: Ist ein solcher Betrag wirklich nötig oder würde man besser Alternativen wie eine Luft-Wärmepumpe machen, wo man nicht so viel investiert und die man relativ schnell austauschen könnte, wenn eine andere Wärmequelle kommt? Und wenn wir schon so Alternative Wärmeerzeugung machen, wie sieht es bei diesen Häusern mit der Dämmung aus? Es sind alte Häuser, da kann man vielleicht nicht so viel machen, aber irgendetwas kann man machen. Das wäre wahrscheinlich das erste, was man machen müsste, bevor man eine neue Heizung einbaut.

SR Raggenbass: Wir wussten, dass diese Frage kommt, wir haben diese bereits in der FRK- und der BU-Sitzung besprochen. Es sind alte Häuser, es sind denkmalgeschützte Häuser und so einfach sind Dämmungen bei denkmalgeschützten Häusern nicht. Bei den Fenstern kann man die Isolation machen, aber grundsätzlich nicht von aussen. Auch auf der Innenseite ist es nicht gut machbar. Die Entscheidung, hier eine Luft-Wärme-Pumpe zu machen, haben wir uns nicht leicht gemacht. Links und rechts sind Wohnbereiche und es ist etwas, was immer wieder zu Ärgernissen führt. Deshalb sind wir nach allen Abklärungen zur vorliegenden Lösung gekommen.

Warum ist diese so teuer? Es sind zwei Häuser, die gemeinsam durch 4-5 Bohrungen erschlossen werden. Ich kann es gern aufzählen, denn es ist einiges, was zu diesem grossen Betrag führt. Erdarbeiten mit CHF 45'000, Anpassungen an die Elektroanlage, 15 Wärmepumpen für CHF 50'000, Verteilung der Steuerungselemente für CHF 55'000, Speicherung von Heizelementen für CHF 15'000, Installationen/Montagen für CHF 45'000 und die 5 Erdsonden für CHF 150'000. Rechnet man noch die Baubegleitung mit CHF 45'000 und eine Reserve von CHF 40'000 dazu, kommt man genau auf diesen Betrag. Wir empfehlen dem Gemeinderat diese Investition, damit man es im Zusammenhang mit den Bauarbeiten und den Erdsonden beim Egelsee, die wir machen müssen, realisieren kann. Am Schluss ist das auch ein Faktor, der es günstiger macht, und es lohnt sich, für diese Häuser respektive diese Wärmeerzeugung eine gute Lösung schaffen zu können.

Seite 10, Investitionsnummer 6150, Strassensanierungen (Gemeindestrassen)

GR Dufner: In diesem Sammelkonto mit CHF 2.667 Mio. ist auch die Freie Strasse mit CHF 1.5 Mio. enthalten. Die FRK beantragt, dieses Projekt mit *3 zu versehen. Dadurch würde die Sammelposition Investitionskredit 13 um die CHF 1.5 Mio. reduziert und die CHF 1.5 Mio. für die Freie Strasse würden in einer separaten Investitionskreditnummer platziert.

Abstimmung

Der Antrag der FRK wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Beilage A – Einzelnachweis Erfolgsrechnung

Seite 21, 3120 Denkmalpflege und Heimatschutz, 3120.3132.00 und folgende

GR Schulthess: Hier würde ich gern hören, warum wir die externen Abklärungen bisher nicht hatten. Wir haben einen Natur- und Heimatschutzverband, der extern ist. Warum ist das seit neuestem auf der Gemeindeseite platziert? Ich habe das nicht verstanden.

SR Zülle: Es ist so, dass dies von einem anderen Konto kommt, nämlich Honorare Dritte Seite 6 Konto 0223.3132.00. Ich kann noch etwas zu den externen Kosten sagen. Wir haben Liegenschaften, zum Beispiel das Hotel Bahnhof Post, wo man Expertisen machen lassen muss. Das kann man nicht einfach entscheiden, ob das geschützt ist oder nicht, sondern das wird durch Expertisen untersucht. Es gibt noch mehr solche Bauten, wo man das machen muss, und es gibt immer mehr. Wir haben zwar ein

Inventar, wo aufgelistet ist, welche Häuser bemerkenswert und welche schützenswerte oder geschützte Liegenschaften sind. Immer wenn ein bemerkenswertes Haus – das ist vor dem Schutzstatus – renoviert wird oder man einen Abbruch vorhat, müssen wir das untersuchen. Da gibt es eine Expertise und dann gibt es eine Entscheidung. Dieser Entscheidung liegt beim Stadtrat, die Denkmalpflege begleitet das selbstverständlich mit. Hier braucht es einfach Rechtssicherheit, auch für die Investoren.

GR Schulthess: In der Praxis bedeuten diese Expertisen und diese Heimatschutzaktivitäten, die, was das Inventar betrifft, zu befürworten sind, bezüglich Ausführungsmöglichkeiten in Kreuzlingen eine relativ starke Behinderung von Investitionen, ebenso im Rückstau oder für die Privaten, die Ausbauwünsche haben. Wenn wir hier noch ein Budget für Expertisen Dritte sprechen, wird das noch stärker. Leider ist der Heimatschutz, wo im Gesetz steht, dass er nur beratend ist, heute stark behindernd, investitionsbehindernd und ver hindernd tätig. Das ist sehr schade. Um hier ein Zeichen zu setzen, dass das nicht der richtige Weg ist für eine Stadt, welche sich für Private entwickeln möchte, die Eigentum haben und dieses weiterentwickeln, ausbauen und renovieren möchten, beantrage ich, diese 3 Posten zu streichen.

GR Müller: Wir haben auf kantonaler Ebene eine Gesetzesänderung, die bald in Kraft tritt. Für die Gemeinden bedeutet dies, dass ein wesentlicher Mehraufwand auf sie zukommen wird. Grundsätzlich ist es eher eine Schwächung des Denkmalschutzes, aber auch eine Konkretisierung. Das bedeutet, dass man jetzt viele Häuser genauer anschauen muss, und das ist nun einfach ein Mehraufwand, der auf uns zukommen wird, der politisch so gewünscht ist. Bei der Denkmalpflege geht es darum, unser kulturelles Erbe zu erhalten. Das ist ein Auftrag, den wir als Gemeinde haben und den ich auch sehr wichtig finde. Wenn ein Gebäude abgerissen wird und weg ist, kann man es nicht mehr wiederherstellen. Dann ist es fort, dann hat man diese Geschichte nicht mehr, dann hat man die Anknüpfungspunkte nicht mehr. Gerade für eine junge Stadt wie Kreuzlingen, die sich sehr dynamisch entwickelt, finde ich es sehr wichtig, dass wir ein paar kulturelle Zeugen weiter erhalten.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 52, 7690.3130.04 Projektkosten Massnahmenplan Klima / 7690.3635.00 Objektbeiträge Energie an Unternehmen / 7690.3637.00 Objektbeiträge Energie an private Haushalte

GR Schulthess: Aus volkswirtschaftlicher und ökologischer Sicht sind das reine Subventionen und Subventionen – ohne hier einen Exkurs machen zu wollen – sind in einem Markt einfach schädlich. Ich stelle den Antrag, auf die Subventionen an dieser Stelle zu verzichten. Es ist eigentlich auch eine reine politische Agenda, die hier dahintersteckt, und nicht eine Notwendigkeit.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 34 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 61, 9950 Neutrale Aufwendungen und Erträge

GR Brändli: Anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung haben wir über die Energiehärtefälle diskutiert. Ich möchte dem Stadtrat, auch im Namen von GR Elina Müller, einen Dank aussprechen, dass er sich diesem Quasi-Auftrag angenommen, es stadtratsintern besprochen und auch in die FRK gebracht hat. Die drei Möglichkeiten, welche der Stadtrat aufgezeigt hat, konntet ihr im Protokoll der FRK nachlesen. Mit dem Beschluss, die Situation weiterhin zu beobachten, kann ich mich nicht einverstanden erklären, deshalb stelle ich den folgenden Antrag:

Ich beantrage die Einrichtung eines Energiehärtefonds in der Höhe von CHF 500'000. Mit diesem Fonds sollen Haushalte, Firmen und weitere Institutionen unterstützt werden können, die aufgrund der steigenden Energiepreise in eine Notlage geraten. Unter dem Bereich 9950 Neutrale Aufwendungen und Erträge soll analog dem Coronafonds ein neues Konto eingefügt werden mit einer Einlage von CHF 500'000. Der Stadtrat wird beauftragt, eine Richtlinie für einen Energiehärtefonds auszuarbeiten.

Darin sollen der allgemeine Ablauf der Antragstellung, die Zuständigkeiten, die Kriterien für eine Unterstützungsleistung sowie weitere besondere Bestimmungen und Kompetenzen geregelt werden. Der Stadtrat orientiert die vorberatende Kommission und den Gemeinderat regelmässig über die Entwicklung des Fonds und die FRK kann entsprechende Prüfungen vornehmen. Der Fonds soll so rasch wie möglich umgesetzt werden. Grundlagen schaffen muss man jetzt und nicht zu dem Zeitpunkt, der hoffentlich nicht eintreten wird, wenn es zu spät ist. Man soll jetzt Grundlagen schaffen, um gerüstet zu sein. Es geht nicht darum, einfach CHF 500'000 aus dem Fenster zu werfen, im Moment ist es auch nicht nötig, die Verwaltung aufzublasen. Es geht einfach darum, ein Werkzeug zu schaffen, damit man dann, wenn der Fall eintreten sollte – was niemand will – gerüstet ist. Wenn wir jetzt dem Stadtrat den Auftrag geben, kann er etwas entwerfen, einer vorberatenden Kommission vorstellen, Meinungen abholen, Verbesserungen anbringen und das Ganze verfeinern, damit es dann auch Hand und Fuss hat. Folgt man dem Stadtrat mit dem Slogan Beobachten der Situation, kann es plötzlich zu spät sein, dann muss man einfach handeln. Und ob es dann richtig herauskommt, steht dann in den Sternen geschrieben. Daher bin ich der Meinung, wir müssen das jetzt machen, diesen Fonds jetzt vorausschauend gründen, den Fonds aufbauen, dann kommt es nämlich gut. Deshalb bitte ich um eure Unterstützung für diesen Antrag.

GR Müller: Ich glaube dem Stadtrat, dass er sich ehrlich bemüht hat, nach Lösungen zu suchen. Und es ist nicht so einfach. Eine Verteilung der Gelder nach dem Giesskannenprinzip hilft wenig und kostet viel. Auch möchte niemand ein bürokratisch aufgeblähtes Gebilde, wozu die Prüfung von vielen Einzelfallgesuchen führen könnte. Gleichzeitig muss aber natürlich das Gleichbehandlungsgebot eingehalten werden. Trotzdem: Auch wenn es nicht die einfache, unkomplizierte Lösung gibt, wenn Menschen in unserem Gemeindegebiet aufgrund internationaler Verwerfungen in existenzielle Nöte geraten, müssen wir als politisch Verantwortliche Wege finden, damit sie nicht in die absolute Armut abrutschen. Statistisch gesehen sind in der Schweiz 15.4 % aller Menschen armutsgefährdet, bei dem Erwerbstätigen sind es 8.2 %. Laut der Caritas kann mehr als jede fünfte Person in der Schweiz keine unerwartete Ausgabe von CHF 2'500 tätigen. Für diese Menschen sind rasch und markant steigende Energiekosten ein sehr konkretes existenzielles Problem. Natürlich ist es langfristig besser, die Ursachen der Armut zu bekämpfen, zum Beispiel durch die Anhebung der niedrigsten Löhne und Renten und durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei letzterem kann die Stadt sich auch aktiv für eine Verbesserung einsetzen. Natürlich sollen möglichst alle Menschen befähigt werden, Krisen aus eigenem Erspartem abzufedern, aber jetzt sprechen wir über eine mögliche akute Notlage, über kurzfristige und zeitlich begrenzte Unterstützung. Eine solche kann verhindern, dass Menschen neu auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dass Bund und Kanton sehr bald griffige Entlastungsmassnahmen finden, scheint eher unwahrscheinlich. Hoffen wir, dass sich die Situation entspannt und nicht weiter verschärft. Falls nicht, muss die Stadt Kreuzlingen parat sein. Je nach Diskussion und je nach Antworten des Stadtrats werde ich dem Antrag Brändli zustimmen.

GR Schulthess: Ich bin einmal mehr erstaunt, dass man von liberaler Seite erneut so eine Pflasterlipolitik machen möchte, indem man wieder einen Fonds eröffnet für ein auftauchendes Problem. Ich möchte eigentlich die Exekutive, aber auch uns als Legislative einladen, doch das Problem zu lösen und für bezahlbaren Strom für diese Leute zu sorgen und lösungsorientiert zu arbeiten, statt jedes Mal, wenn ein Problem auftaucht, einen Fonds zu eröffnen. Beim nächsten Problem gibt es wieder einen Antrag für den nächsten Fonds. Das ist keine Politik, das ist einfach ein Zudecken von Problemen mit Geld, was keinerlei Nachhaltigkeit hat, sondern nur die Situation für kurze Zeit ein bisschen dämpft. Aber wir müssen das Problem lösen, da kommt man nicht darum herum. Ich möchte Sie aus diesem Grund bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Brändli wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Beilage B – Beiträge

Seite 4, Beiträge Kultur

GR Portmann: Im Namen der FDP stelle ich folgenden Antrag – vorweg möchte ich sagen, es ist kein Streichungsantrag, sondern ein zukunftsorientierter Antrag für die Stadt Kreuzlingen. Ich stelle den Antrag, die Beträge der Südwestdeutschen Philharmonie um 50 % oder CHF 15'000 auf CHF 15'000 zu reduzieren und den Beitrag des Stadttheaters um CHF 7'000, d. h. von CHF 17'000 auf CHF 10'000 zu reduzieren. Das Geld, damit es nicht gespart, sondern intelligent investiert wird, soll (siehe Budget Seite 22) auf das Konto 3290.3636.02 Sonderbeiträge Departementsbeschlüsse gebucht werden. Es geht mir dabei um das Geld, welches wir jahrelang immer ins Ausland gegeben haben, davon aber nie einen Mehrwert sehen, der zurückfliesst. Niemand kann mir sagen, wann in den letzten Jahren das Süddeutsche Philharmonie Orchester in Kreuzlingen aufgetreten ist, niemand kann mir sagen, wann die Stadt Konstanz irgendeinen Leistungsbeitrag ans Kulturgut Kreuzlingen bezahlt hat oder an den Sportbereich bezahlt hat. Wir haben so viele Alleinstellungsmerkmale in Kreuzlingen, und diese müssen wir für Kreuzlingen jetzt endlich auch einmal nutzen. Wir haben eine Eishalle, diese Eishalle gehört mittlerweile der Stadt Kreuzlingen und wird durch die Stadt Kreuzlingen finanziert. Wir haben ein Kult-X aufgebaut und möchten dieses in Zukunft aufbauen. Wir haben ein Z88, welches im Kulturbereich ist. Nehmen wir doch dieses Geld, statt es nach Konstanz zu geben, für den Bereich Kultur und Sport in Kreuzlingen. Man weiss nie, wie die Situation herauskommt, das haben wir den ganzen Abend gehört, also stärken wir Kreuzlingen. Auf diesem Konto ist das Geld gut hinterlegt, damit kann der Stadtrat, wenn eine Anfrage kommt, Kultur und Sport in Kreuzlingen unterstützen. Mir geht es um Kreuzlingen, das ist wichtig, daher bitte ich euch um Annahme dieses Antrags.

SR Raggenbass: Es ist immer wieder interessant. Das ist meine letzte Budgetsitzung als Stadträtin, und ich glaube, es gab in den letzten 15 oder 16 Budgetsitzungen keine einzige, wo interessanterweise nicht ein Antrag zu Beiträgen nach Konstanz gekommen ist. Es wäre schade gewesen, wenn heute keiner gekommen wäre. Spass beiseite, ich nehme das sehr ernst.

Was macht Kreuzlingen attraktiv? Es sind ganz viele Sachen. Aber eines ist, dass wir an einer wunderschönen, friedlichen Lage am See sind, dass wir eine Partnerstadt haben, das ist Konstanz, welche attraktiv ist und Kreuzlingen attraktiv macht. Wir machen sehr viel miteinander. Unser Dreckwasser geht nach Konstanz, gemeinsam unterhalten wir diese Rohre. Wir haben eine Notstromversorgung, unser Gas erhalten wir mindestens bis jetzt noch von Deutschland. Und wir hatten gerade diese Woche eine Sitzung mit Konstanz und Tägerwilen, die Grenzlandkonferenz, wo Uli Burchardt, der Bürgermeister von Konstanz, sagte, er setze sich dafür ein, dass das Gas, wenn sie welches haben, auch nach Kreuzlingen fliessen wird. Wir arbeiten eng mit Konstanz und mit der Region zusammen. Attraktiv macht unsere Stadt auch Konstanz mit ihrem grossen Angebot. Nicht nur etwas, was ich einkaufen kann, sondern eben auch Theater und Philharmonie. Das sind zwei grosse Institutionen, wo allein das Theater CHF 6 Mio. kostet und die Philharmonie von der Stadt mit CHF 10 Mio. unterstützt wird. Sehr viele Schweizer und Kreuzlinger gehen nach Konstanz ins Theater – ich auch. Seit mindestens 30 Jahren habe ich ein Abo, und auch ganz viele andere Leute gehen über die GML in Partnerschaft in die Philharmonie. Die Philharmonie, das ist richtig, hat am Anfang regelmässig in der Schweiz gespielt. Leider mussten sie in den letzten Jahren davon absehen. Warum? Weil die Abonnenten lieber nach Konstanz gehen, auch die Schweizer, und nicht nach Kreuzlingen in den Dreispitz. Dennoch machen sie zusammen mit der Schule immer wieder Angebote, wo Gruppen von der Philharmonie mit ihnen spielen und auch Theater von der Schule besucht werden. Die Philharmonie hat ein sehr grosses Angebot, welches rege besucht wird. Ich fände es fast – Entschuldigung das Wort – ein Armutszeugnis, wenn wir zu diesem grossen Angebot, welches von Konstanz mit hohen Investitionen unterstützt wird, nicht auch unseren kleinen, harmlosen Beitrag leisten würden. Es ist wirklich nicht viel. CHF 17'000 und CHF 30'000 ist viel Geld, aber im Verhältnis nicht sehr viel für das, was es Kreuzlingen attraktiver macht. Wir haben die Bodensee-Arena, welche wir gemeinsam aufgebaut haben. Leider, die Chronologie lässt sich lange erweitern, ist es nicht eine gemeinsame Institution geblieben. Auch in der erwähnten Grenzlandkonferenz wurde uns versprochen, dass die Stadt in Zukunft auch einen Beitrag an die Infrastruktur der Bodensee-Arena, welche sie mit den Schulen rege nutzen, leisten möchte. Natürlich kann er das nicht

versprechen, weil die Regierung darüber beschliessen muss, was im März passieren wird. Dort wird ein Antrag für einen regelmässig wiederkehrenden Betriebsbeitrag einfließen. Wir hoffen, dass der Gemeinderat im Konstanz für die Infrastruktur der Bodensee-Arena Geld sprechen wird. Es gibt übrigens Geld von Konstanz, welches an eine Institution fliesst, nämlich ans Planetarium, welches seit vielen Jahren regelmässig jährlich CHF 5'000 erhält, weil Konstanz kein Planetarium hat. Es macht Sinn, wo eine Stadt etwas an Angebot und Infrastruktur nicht bieten kann, es mitzuunterstützen. Aber dass man von Konstanz erwartet, sie sollen etwas fürs Kult-X sprechen, wäre seltsam. Deshalb denke ich, die Lösung, dass die Bodensee-Arena wieder unterstützt wird, muss das Ziel sein. Da sind wir dran und wir hoffen, der Konstanzer Gemeinderat ist einverstanden. Ich bitte euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen, sondern beim Antrag des Stadtrats zu bleiben.

GR Andreas Hebeisen: Marc Portmann, mich erstaunt eigentlich deine Haltung. Ich dachte immer, dass jene, die gern teure Zigarren rauchen, auch ins Theater und ins Sinfonieorchester gehen, aber das ist offenbar nicht so. Oder du möchtest dein Verkaufssegment eher auf Villiger Stumpfen verlegen. Ich möchte euch bitten, diesen Antrag abzulehnen, denn es ist einerseits ein unfreundlicher Akt. Vielmehr habe ich gar nicht beizutragen. Und es ist auch ein despektierlicher Akt. Unfreundlich ist der Akt gegenüber Konstanz. Die Retorsionsmassnahme – ich gehe zwar nicht davon aus, dass die Konstanzer so ticken wie die Antragsteller, aber wenn sie gleich ticken würden, sind die Retourmassnahmen für Kreuzlingen von viel belastenderem Ausmass. Und es ist ein unfreundlicher und despektierlicher Akt gegenüber allen Kreuzlingerinnen und Kreuzlingern, und das sind nicht wenige, welche diese Institutionen besuchen.

GR Hummel: Hierzu habe ich eine Frage an SR Raggenbass. Ich weiss nicht, was daran komisch sein soll, wenn das Kult-X von Konstanz auch einen Beitrag bekäme, denn die Kundschaft kommt auch von dort hinten.

SR Raggenbass: Komisch wäre es dann, wenn man hier etwas streicht oder etwas an eine Kulturinstitution nicht bezahlt, aber eine Retourkutsche haben möchte, dass sie uns an eine gleichwertige Kulturinstitution auch etwas bezahlen würden.

Abstimmung

Der Antrag von GR Portmann wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Rückkommen

GR Hummel: Zum Antrag des Stadtrats möchten wir einen Gegenantrag stellen, nämlich den Steuerfuss nicht um 2 % zu senken, sondern um 5 %. Mit der Umbucherei beim Bootshafen Seegarten 2023 haben wir diese 3 % bereits drin. Der Kanton Thurgau hat 2022 die Steuern um 8 % gesenkt, trotzdem rechnet der Kanton 2022 gegenüber Budget mit einem Steuermehrertrag von 6.2 %. Ausserdem prognostiziert er in seinem aktuellen Finanzplan, dass die Steuereinnahmen ab 2023 kontinuierlich ansteigen werden, im Durchschnitt um 3 %, bei uns sind es 1.8 %. Aber was mich ganz speziell wundert, als die Unternehmenssteuerreform im Raum stand, jammerte man bereits im Vorfeld, was für einen Verlust man daraus haben wird. Und das wundert mich jetzt wirklich, bis heute wurde die besondere Besteuerung von grossen Unternehmensgruppen nicht thematisiert. Das heisst die sogenannte schweizerische Ergänzungssteuer zum Mindeststeuersatz gemäss EU. Nach einer groben Schätzung vom Bundesrat vom 22. Juni 2022 in einer Botschaft ans Parlament schrieb er, dass Kantone und Gemeinden Mehreinnahmen zwischen CHF 800 Mio. und knapp CHF 2 Mia. zur Folge haben werden. Bei der Zuweisung soll der Lastenausgleich zum Zug kommen. Das heisst, auch Kantone, die weniger oder keine Grosskonzerne beherbergen, profitieren ebenfalls. Es kommt noch zu einer Volksabstimmung, weil die Verfassung geändert werden muss, aber es ist davon auszugehen, dass diese Verfassungsänderung angenommen wird, denn die Steuern müssen so oder so erhoben werden. Und wenn wir es nicht gesetzlich regeln, gehen diese Steuern ins Ausland. Dieses Gesetz soll nach der Volksabstimmung am 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Dann etwas zu den Überschüssen: Ja Guido, dieses Murmeltier ist fett, ich weiss gar nicht, ob es überhaupt noch in die Höhle passt. Von 2007 bis Ende 2022 oder anders gesagt, seit 16 Jahren wurden immer Überschüsse ausgewiesen. Der Präsident hat es gesagt, ich wiederhole es aber sehr gern. Jährliche Gesamtüberschüsse 2010 bis 2022 durchschnittlich CHF 3.8 Mio. oder 7.6 Steuerprocente. Nicht mit einbezogen sind die Vorfinanzierungen aus der Gewinnverwendung bis zur Einführung von HRM2 im Jahr 2014. Der jährliche operative Überschuss, seit HRM2 von 2014 bis 2022, betrug durchschnittlich CHF 2.57 Mio., nur der operative Ertrag oder 5.1 Steuerprocente, obwohl der Steuerfuss per 2016 um 4 % reduziert worden ist.

Die Stadt Kreuzlingen verfügt per Ende 2022 über CHF 68 Mio. freies Eigenkapital. 2023 wird die letzte Tranche der Neubewertungsreserve von CHF 3.5 Mio. auch noch vom gebundenen ins Freie Eigenkapital übertragen. Somit wird das freie Eigenkapital trotz des budgetierten Verlusts im Jahr 2023 nochmals um CHF 1.1 Mio. zunehmen. Aber es ist nicht so, dass wir nur zu viele Steuern bezahlen. Wir bezahlen zu viel für die Abwasserbeseitigung (Stand Spezialfinanzierung CHF 8.6 Mio.), wir bezahlen zu viel für die Abfallwirtschaft (Stand Spezialfinanzierung immer noch knapp CHF 1 Mio., dies nach 2 Entnahmen), wir bezahlen zu viel für die Parkplatzgebühren (Stand Spezialfinanzierung fast CHF 22 Mio.), wir bezahlen immer noch zu viel Feuerwehersatzsteuer (Stand Spezialfinanzierung über CHF 5 Mio.). Und der Vollständigkeit halber – gehört vielleicht nicht hierher, ist aber auch eine Tatsache – wir bezahlen zu viel für Strom und Gas, denn der Stand Eigenkapital Energie Kreuzlingen per 31. Dezember 2022 wird voraussichtlich CHF 118 Mio. sein, davon Bilanzüberschüsse von CHF 90 Mio. Der Beginn des strukturellen Defizits wurde im aktuellen Finanzplan innerhalb von nur einem Jahr von 2024 auf 2031 verschoben. Und dann redet man immer so gern vom Investitionsstau. Seit 2016 wurden im Durchschnitt knapp CHF 10 Mio. für Investitionen eingesetzt. Der geplante Mitteleinsatz gemäss Budget betrug im Durchschnitt CHF 23 Mio., Also nicht einmal die Hälfte der Vorhaben wurden in den letzten 8 Jahren tatsächlich realisiert. Und das scheiterte wahrlich nicht am Geld, denn die Kredite wurden immer gesprochen. Die Folge davon sind nicht benutzte Verpflichtungskredite, per Ende 2021 in der Gesamtsumme von CHF 93 Mio. Seit 2017 sind die nicht benutzten Verpflichtungskredite um durchschnittlich CHF 7 Mio. pro Jahr angewachsen. Offenbar ist man gar nicht in der Lage, mehr Investitionen pro Jahr zu tätigen. Es wäre vielleicht einfach einmal angebracht, die Investitionsplanung ein bisschen realistischer zu gestalten und den Gegebenheiten anzupassen.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not – ein beliebter Spruch. Dieses Motto verfolgt die Stadt Kreuzlingen seit mindestens 16 Jahren. Und ganz viele Personen aus dem Mittelstand haben mit ihren Steuern dazu beigetragen. Wir wissen es alle, es kommen schwierige Zeiten auf die Bevölkerung zu. Die Energiekosten steigen ins Unermessliche, die Teuerung im Allgemeinen verschont wohl kaum ein Produkt oder eine Dienstleistung, Krankenkassenprämien steigen markant an. Für den ärmeren Teil der Bevölkerung wird vorgesorgt, Ergänzungsleistungen steigen, Prämien für Bewilligungen werden angepasst. Und darüber hinaus macht man sich im Stadtrat Gedanken – obwohl heute der Antrag für den Fonds abgelehnt wurde – wie man die Leute wirkungsvoll unterstützen kann, damit die Belastung der Allgemeinkosten noch erträglich bleiben, und das ist auch gut so. Aber dann gibt es ganz viele Menschen aus dem Mittelstand, davon bezahlen nicht wenige beträchtliche Steuern, und vielfach ist das steuerbare Einkommen gerade so hoch, dass sie in Bezug der Prämien für Bewilligungen gerade leer ausgehen. Auch diese Leute müssen sich einschränken. Es ist jetzt Not und die Steuersenkung von 2 % hat eher einen symbolischen Charakter. Mit einer Steuersenkung um 5 % kann man diejenigen, welche zu diesem recht ansehnlichen Eigenkapital beigetragen haben, einmal ein bisschen wirksamer entlasten. Deshalb beantragen wir die Senkung des Steuerfusses um insgesamt 5 %.

GR R. Herzog: Seitens und namens der SP/GEW/JUSO-Fraktion folgt ein Antrag betreffend Steuerfuss. Ich möchte beginnen mit ein paar Zitaten aus dem Finanzplan des Stadtrats: "Es bestehen grosse Planungsunsicherheiten in Bezug auf die Entwicklung der Stadtfinanzen. Der Investitionsbedarf ist ausserordentlich hoch, die Selbstfinanzierung nimmt ab. Dies hat Finanzierungsfehlbeträge, einen vollständigen Abbau des Nettovermögens und letztlich eine Nettoverschuldung zur Folge. Strukturelles Defizit CHF 4 Mio. wird erwartet." "Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt in den Jahren 2023 bis 2026 lediglich 12 %, der Nettoverschuldungsanteil beträgt Ende 2026 196 % und kann den maximalen Richtwert von 100 %, der gemäss Auslegung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren noch

als gut eingestuft wird, nicht einhalten." Gegen Schluss unter dem Stichwort Gesamtbeurteilung: "Die Finanzplanung ist geprägt von Defiziten, hohen Investitionen und als Folge daraus hohen Finanzierungsfehlbeträgen. Die Nettoverschuldung steigt auf einen Wert von CHF 114 Mio."

Wonach klingt das? Oder anders gefragt: Was macht ein Unternehmer, dessen finanzieller Ausblick von solchen Merkmalen geprägt ist? Wird er seine Margen reduzieren? Wird er auf Einnahmen verzichten? Das glaube ich eigentlich eher nicht. Warum soll die Stadt Kreuzlingen tun, was ein Unternehmer sicher nicht tun würde? Ein paar zusätzliche Gedanken: Die Lohnsteigerungen, welche ins Budget und in den Finanzplan einberechnet wurden, sind mittelfristig knapp bemessen. Im Moment ist die Teuerung noch relativ moderat, zumindest in der Schweiz. Sie berücksichtigt aber die massiven Preissteigerungen im Energiebereich nicht. Gas und Strom werden nächstes Jahr deutlich teurer, das wird sich erst nächstes Jahr in der Teuerung auswirken und noch nicht in diesem Jahr. Deshalb werden die Preissteigerungen, die einen direkten Einfluss aufs Budget haben, über dem liegen, was man 2022 und allenfalls auf 2023 budgetiert. Warum haben wir von den kantonalen Finanzdirektoren Richtwerte zu den Finanzkennzahlen, wenn wir diese einfach so negieren und uns darüber hinwegsetzen, ja sogar bewusst eine Politik fördern, die diese Finanzkennzahlen missachtet? Aktuell steigen die Zinsen, es wird mit einer Abkühlung im Immobilienbereich zu rechnen sein. Das wird sich schnell auch auf einen der wesentlichen Treiber der höheren Einnahmen in den letzten Jahren als budgetiert, nämlich die Grundstückgewinnsteuern, auswirken. Wie weit, wissen wir alle nicht, aber das ist zu befürchten.

Spielraum bei Investitionen: Die Investitionen der nächsten Jahre, selbst wenn man diejenigen abzieht, über die man noch nicht befunden hat, die nicht schon beschlossen sind, sind hoch. Allein für bereits beschlossene Investitionen oder unabwendbare Investitionen im Bereich Abwasser, Abfall, Gewässer, Strassensanierungen, Bad Egelsee sind bis 2026 CHF 60 Mio. budgetiert. Das Stadthaus, das wissen wir alle, ist im Moment blockiert. Es wird zu einer Volksabstimmung und somit zu einer Entscheidung kommen. Irgendetwas wird gemacht werden, was weiss man noch nicht, aber es wird Geld kosten, wahrscheinlich nach 2026, aber es wird. Parkhäuser: Weitere Fragezeichen. Also mit Investitionen ist klar zu rechnen oder sie laufen zum Teil bereits. Die Hauptbegründung, die in der Diskussion mehrfach erwähnt wurde, man wolle der Bevölkerung eine Entlastung zukommen lassen, klingt wirklich wunderbar. Aber was bringt denn das wirklich? GR Salzmann hat wahlkampf-tauglich am Anfang des heutigen Abends versprochen, es habe dann jeder mehr Geld in der Tasche. Ich kann rasch ausrechnen wie viel. Für einen Steuerpflichtigen mit CHF 60'000 Einkommen sind es sagenhafte CHF 35 mehr Ende des Jahres. Ein Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 200'000 – guter Mittelstand, würde ich meinen – hat sagenhafte CHF 233 mehr im Portemonnaie. Nur um das einzuordnen, damit sind 98 % der Steuerpflichtigen abgedeckt. Die restlichen 2 % sind diejenigen, die noch mehr haben. Dort gibt es dann ein bisschen mehr. Aber mit anderen Worten: Eine Entlastung von CHF 200 bei einem Mittelstandsehepaar mit CHF 200'000 Einkommen – ich glaube nicht, dass das wirklich jemanden in grosse Hurraschreie ausbrechen lässt. Das als wesentliche Entlastung zu verkaufen, scheint mir doch leicht vermessen zu sein. Deshalb stellt unsere Fraktion den Antrag, es sei auf eine Reduktion des Steuerfusses zu verzichten und derselbe sei bei 66 % zu belassen.

GR Schulthess: Als Unternehmer fühle ich mich jetzt von GR Herzog angesprochen, der offensichtlich nicht viel Einblick in Unternehmensführung und Unternehmensfinanzierung hat. Ich würde liebend gern die Frage beantworten, was ein Unternehmer macht, wenn es so aussieht, wie es hier aussieht. Oder vielleicht vereinfacht, um nicht ins Detail gehen zu müssen, sagen, was er sicher nicht macht. Er erhöht sicher nicht die Ausgaben von CHF 77 Mio. auf CHF 80 Mio., wie die Stadt Kreuzlingen es macht. Er stellt nicht 8 weitere Personen ein und er wird sicher schauen, dass die Ertragslage in Ordnung bleibt und er keine seiner Kunden verschreckt, sprich Steuerzahler. Das als kurze Antwort auf etwas, was man eigentlich vertiefen könnte, worauf man an dieser Stelle aber verzichten kann.

GR Ricklin: Bei den Gegenargumenten zu einer Steuerentlastung kommt immer das, es sei viel zu wenig Geld, welches die Leute einsparen und dann in der Tasche haben. Man darf nicht vergessen, dass auch die Unternehmen weniger Steuern bezahlen müssen und es auch Leute gibt, die davon profitieren können. Indirekt kommt auch das der Bevölkerung zugute. Da kann man jetzt sagen, das stimmt nicht, Tatsache ist, es ist breiter gestreut. Man darf nicht nur an die einzelne Familie mit ihrem Steuerausweis denken, sondern wir haben auch Unternehmen, die davon profitieren, was sich dann auf eine viel breitere Basis auswirkt, als jetzt hier gesagt worden ist.

GR Knöpfli: Vor 20 Minuten war ich noch voll und ganz auf der Linie des Stadtrats, nach dem herzigen Vergleich von GR Leutenegger mit dem Murmeltier bin ich schon ein bisschen weiter gerutscht, aber nicht in die gleiche Richtung, und nach den Worten, die ich in den vergangenen paar Minuten gehört habe, bin ich je länger je mehr auf der Linie von GR Hummel. Ich möchte noch einmal das Murmeltier beiziehen. Die Analyse dieses herzigen Tierchens könnte man auch anders machen. Spare in der guten Zeit... Das Murmeltier frisst sich über den ganzen Sommer eine Reserve an, und die Stadt hat das, wir haben es gehört, seit 2007 auch gemacht. Jeden Herbst weiss das Murmeltier, bald kommt der Winter, es wird ein bisschen karger und über den Winter gibt es von seinem angefressenen Bäuchlein etwas ab, damit es dann im nächsten Frühling wieder fressen kann. Die Stadt hat in den letzten 15 oder 16 Jahren eigentlich nichts von diesem angefressenen Bäuchlein abgegeben. Es wurde immer gesagt, es kommt dann eine Krise – und wir hatten seit 2007 wirklich viele Krisen, ich möchte nicht alle aufzählen, aber man hat immer gesagt, dann fällt dieses weg und dort fliesst ein bisschen weniger, und wir können jetzt die Steuern nicht senken, denn wir wissen nicht, wie es weitergeht. Irgendwo fände ich es jetzt der richtige Zeitpunkt und ein richtiges Zeichen gegenüber der Bevölkerung, die nämlich auch Ängste hat mit weiteren steigenden Gaspreisen und steigenden Preisen, wenn man jetzt diesen Schritt machen und sagen würde, jetzt geben wir von diesem angefressenen Bäuchlein etwas ab. Es ist mir klar, dass es ein Stück weit nur symbolischen Charakter hat. Ich gebe aber auch GR Ricklin recht, wenn man die Unternehmen auch noch einbezieht, zieht es eben doch weitere Kreise als die CHF 35 im einzelnen Portemonnaie. Eine Steuersenkung, ob 2 % oder 5 % – so what – aber ganz sicher nicht schon wieder auf eine Steuersenkung verzichten.

GR Ricklin: Ich möchte noch eine kleine Ergänzung machen. Jedes Jahr stimmen wir über den Steuerfuss ab, jedes Jahr haben wir die Gelegenheit zu sagen hinauf, herunter oder gleich. Jedes Jahr. Das ist dazu da, es flexibel anpassen zu können. Jedes Jahr. Die Stadt sollte nur so viel einnehmen, wie sie auch ausgibt und wirklich braucht. Deshalb finde ich es angezeigt, dass wir mit dem Steuerfuss jetzt heruntergehen, weil wir es viele Jahre lang nicht oder viel zu wenig gemacht haben. Man kann dann auch wieder erhöhen. Wir müssen einfach so ehrlich sein, das Instrument zu nutzen und dass endlich einmal anwenden.

Abstimmung

Antrag von GR Hummel für eine Senkung des Steuerfusses um insgesamt 5 %.: 18 Ja

Antrag von GR R. Herzog den Steuerfusses bei 66 % zu belassen: 18 Ja; Stichentscheid des Präsidenten zugunsten Antrag GR R. Herzog.

Abstimmung

Der Antrag von GR Herzog auf Beibehaltung des Steuerfusses wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt

Abstimmung

Dem Budget 2023 wird mit einem um 2 % tieferen Steuerfuss von neu 64 % mit 31 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

8. Übernahme der Betriebsführung der Gesamtanlage Bad Egelsee durch die Stadt Kreuzlingen ab dem 1. Juli 2023

Eintreten ist unbestritten

GR Brändli: Betreffend die Übernahme ein Kurzbericht aus der Kommission GKS: Vorneweg, der Antrag des Stadtrats wird von Seiten der GKS einstimmig befürwortet, dies bei voller Besetzung. Die GKS wurde von SR Raggenbass und der Schulpräsidentin Seraina Perini in die Botschaft eingeführt und wir wurden auch sehr ausführlich informiert. Die Analyse hat aufgezeigt, dass die Führung der Bäder Hörnli und Egelsee von einer Institution erfolgen soll. Dieser Part wurde nach langer und intensiver Vorbera-tung mit juristischer Begleitung schlussendlich von der Stadt Kreuzlingen übernommen. Die Eigentums-verhältnisse bleiben bestehen, die Schnittstellen bezüglich Verantwortlichkeiten wurden bestmöglich geregelt. Bei der Finanzierung hat man an der 70/30-Teilung gemäss Botschaft festgehalten. Das Per-sonalreglement gab natürlich auch in der GKS zu reden. Die neu zu schaffende Ressortleiterstelle ist bei dieser Grösse unabdingbar. Es ist zu bemerken, dass der Ressortleiter neben der Führung der Bäder noch andere Aufgaben im Bereich der Sportanlagen übernehmen soll, wobei auch zu bedenken ist, dass diese Person sich zuerst einarbeiten muss und sicher nicht schon ab dem ersten Tag auf 100 % läuft. Weiter ist zu bemerken, dass es nicht mehr geht, das über längere Zeit unser Abteilungsleiter Ruedi Wolfender das alles selbst stemmen soll, das geht definitiv nicht, denn er hat noch viele andere Aufgaben. Für den Betrieb ist eine Betriebskommission mit 8 Mitgliedern vorgesehen: 2 Vertreter der Stadt, 2 Vertreter der Sek, 1 Vertreter des Sportnetzes, 1 Vertreter Regionalplanungsgruppe, 1 Vertre-ter Betrieb und 1 Vertreter aus dem Gemeinderat. Für den Gemeinderat wird Veronika Färber, die auch Mitglied der GKS ist, in der Betriebskommission Einsitz nehmen. Wenn jemand das streitig ma-chen möchte, muss er heute Abend hier die Hand erheben, sonst ist Veronika in dieser Kommission. Die prognostizierten Kosten wurden in der GKS ebenfalls diskutiert. Bei der Energie ist es aktuell sehr schwer oder gar unmöglich, dies jetzt verlässlich zu kalkulieren. Bei den Erträgen entsprechend die Prognosen denjenigen der Botschaft. Zusammenfassend darf man anmerken, dass es gelungen ist, zwei Körperschaften, welche nicht dieselben Interessen haben, zusammenzuführen, das Konstrukt mit sehr schwierigen Schnittstellen zu einer Einheit zusammenzufügen und die Finanzierung anteilmässig zusammenzutragen. Es wäre toll, wenn der Gemeinderat gemeinsam hinter diesem Projekt steht, die GKS hat es gemeinsam vorgemacht.

GR F. Herzog: Mit der Volksabstimmung im März 2018 hat das Kreuzlinger Stimmvolk der Stadt grünes Licht für den Bau des Familien- und Freizeitbads Egelsee erteilt. Gemäss der damaligen Botschaft war vorgesehen, dass die Betriebsführung des Neubaus Egelsee weiterhin bei der Sekundarschulgemeinde bleiben soll, wie das bereits beim bestehenden Hallenbad der Fall ist. Dass die ursprüngliche Idee aber nicht mehr die ideale Lösung ist, hat sich während der Erstellung eines Betriebskonzepts für das Fami-lien- und Freizeitbad gezeigt. Um es vorwegzunehmen, es liegt eigentlich auf der Hand, dass ein gröss-terteils durch die Öffentlichkeit genutztes Bad idealerweise auch durch die Stadt geführt wird. Abge-sehen davon übersteigt die Führung des Hallenbads dieser Grösse aber auch deutlich die Kapazitäten der Sekundarschulgemeinde Kreuzlingen, die noch ganz andere Aufgaben hat, als ein Bad zu führen. Letztlich hat sich aber 2019 herauskristallisiert, dass eine Zusammenlegung der beiden Kreuzlinger Bä-der Egelsee und Hörnli und eine zentrale Betriebsführung im Sinn einer wirtschaftlichen Führung sinn-voll ist, weil so personelle, fachliche und administrative Synergien geschaffen und genutzt werden kön-nen. Der finanzielle Aufwand für den Betrieb des Familien- und Freizeitbads Egelsee bleibt durch die geplante Überführung der Betriebsleitung in die städtische Hand unverändert. GR Brändli hat es be-reits erwähnt, der bestehende Kostenteiler von 70 % durch die Stadt und 30 % durch die Sekundar-schulgemeinde bleibt vertraglich bestehen. Unserer Meinung nach liegt heute mit dem sehr sorgfältig ausgearbeiteten Zusammenarbeitsvertrag Bad Egelsee eine ideale Form der Zusammenarbeit zwi-schen der Sekundarschulgemeinde Kreuzlingen als Teileigentümerin des Bads und der Stadt Kreuzlin-gen als Teileigentümerin und operative Betriebsleiterin vor, welche einen reibungslosen und wirt-schaftlichen Betrieb der Kreuzlinger Bäder auf lange Sicht gewährleisten kann. Die SP/GEW/JUSO-Frak-tion wird der Botschaft aus diesem Grund einstimmig zustimmen.

GR Dahinden: Es gab schon seit einigen Jahren Überlegungen, das Hallenbad Egelsee in die Stadt zu integrieren, man befand es damals 2018 einfach noch nicht als reif dafür. Später ist man zu einem Konsens gekommen, dass nämlich die Führung dieses Betriebs, wie GR Herzog es bereits erwähnt hat, nicht Aufgabe einer Schulbehörde sein kann, weil darin vor allem die Öffentlichkeit verkehrt, weil es zu komplex ist für eine Schulgemeinde, weil es ihre Möglichkeiten übersteigt und ein exzellentes Know-how benötigt. Dann kam noch die Überlegung dazu, eine Zusammenlegung mit dem Schwimmbad Hörnli ins Auge zu fassen und dass das ein Effizienz- und Synergiethema wird. Synergie ist aber etwas, was man sich erarbeiten muss, das ergibt sich nicht einfach von selbst. Man muss die schwierigen Schnittstellen erst einmal analysieren, koordinieren, Anpassungen vornehmen, eventuell die Strukturen verändern. Zuerst sind die Synergien vor allem Energien, die man investieren muss. Trotzdem haben wir ein paar einleuchtende Synergieargumente gefunden. Man kann beide Anlagen technisch einheitlich bedienen und betreuen, man kann das Personal je nach Bedarf auf beiden Seiten einsetzen und verschieben. Wir haben uns auch mit der neuen Stelle des Ressortleiters befasst, was eine sehr anspruchsvolle Stelle ist. Sie entsteht nicht durch die Übernahme an sich, sondern durch die Tatsache, dass jetzt ein grösseres Bad und eine andere Struktur und ein anderes Betriebskonzept entsteht und dass die Betriebsführung bei dieser Person angesiedelt ist. Ich habe es gesagt, das ist ein sehr anspruchsvoller Job und verlangt nach sehr hohen Führungsqualitäten. Dieser Mann oder diese Frau braucht also auch wirtschaftliche, betriebliche und technische Kompetenzen. Das gibt dann ein bisschen ein Superressort Sportanlagen und Betriebe, entsprechend bedeutender und grösser wird das Departement im Umfang. Wir hoffen, dass sich die richtigen Leute finden lassen werden, um diese Aufgaben zu bewältigen, aber wir sind eigentlich zuversichtlich, und die FL/G-Fraktion stimmt der Botschaft einstimmig zu.

GR Knöpfli: In der FDP/Die Mitte/EVP-Fraktion hat diese Botschaft zu sehr wenig Diskussionen Anlass gegeben. Das bedeutet aber nicht, dass wir sie nicht intensiv studiert hätten. Für uns macht ein Übergang in die Stadt absolut Sinn, vor allem auch, weil das Hörnli noch dazukommt. Mit der Führung aus einer Hand werden neben all dem, was wir schon gehört haben, auch die mit den Bädern verbundenen Arbeitsplätze aufgewertet bzw. für beide Seiten verlässlicher, weil es nicht mehr Saison-, sondern Ganzjahresstellen sind. Synergien können ganz sicher genutzt werden, auch wenn heute logischerweise noch nicht jedes Detail klar und in Stein gemeisselt ist und sich erst recht nicht in Franken und Rappen rechnen lässt. Ganz abgesehen von all dem, finden wir es aber auch nicht falsch, wenn der, der mehr bezahlt, auch die Zügel mehr selbst in der Hand hat. Der Vertrag zwischen der Stadt und der Schule ist unserer Meinung nach sehr detailliert und gut und im besten Wissen und Gewissen abgefasst, sodass er auch für zukünftige Generationen nachvollziehbar und klar sein sollte. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die beiden Behörden und an die involvierten Rechtsanwälte. Es ist sicher nicht einfach, einen solchen Vertrag zu machen mit diesen eher komplizierten Eigentumsverhältnissen der beiden Gebäude. Unsere Fraktion wird dieser Botschaft ziemlich einstimmig zustimmen.

GR Ricklin: Ich lade Sie zu einer kleinen Zeitreise ein und zitiere zuerst aus der Einleitung zur Botschaft des Kreditbegehrens für den Erweiterungsbau des Familien- und Freizeitbads Egelsee aus dem Jahr 2018. "Im Herbst 2014 wurde der Kreditantrag für die Sanierung des bestehenden Thermalbads Egelsee abgelehnt. Rückmeldungen ergaben, dass dies hauptsächlich aufgrund der fehlenden Unterstützung von Schule und Region und der dadurch einseitig durch die Stadt zu tragenden Investitionen und Betriebskosten geschah." Unter dem Titel 6.4 Eigentümer und Trägerschaft steht: "Die gesamte Anlage wird von der Sekundarschulgemeinde Kreuzlingen betrieben." Man hat also die Sekundarschulgemeinde Kreuzlingen für die zweite Abstimmung ins Boot geholt, was sich im Endergebnis zum Kreditbegehren bekanntlich ausgezahlt hat. Das Bad ist noch gar nicht fertiggestellt, der neue Betrieb noch gar nicht aufgenommen, bereits findet drei Jahre später wieder ein Gesinnungswandel statt, was der Inhalt der vorliegenden Botschaft ist. Die Sekundarschulgemeinde hat 2021 den Antrag gestellt, die Betriebsführung der Gesamtanlage Bad Egelsee ab 2023 der Stadt zu übergeben. Vor allem das Hin und Her wurde in der SVP-Fraktion kontrovers und vertieft diskutiert. Man kann es positiv sehen, wie es in der vorliegenden Botschaft beschrieben wird. Man kann die fachlichen Ressourcen intensivieren und besser nutzen, den Angestellten verlässlichere Arbeitsbedingungen bieten und im Endeffekt auch gewisse Doppelspurigkeiten vermeiden, was hoffentlich auch einen positiven monetären Effekt hat.

Aber man muss auch ganz klar kritisieren, dass nicht das umgesetzt worden ist, was den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit dem Kreditbegehren von 2018 vorgelegt worden ist. Es hätte auch nichts dagegengesprochen, wenn man den Betrieb wie geplant aufgenommen hätte. Man hat sich damals hoffentlich auch seine Überlegungen gemacht, warum die Betriebsführung von der Sekundarschulbehörde hätte gemacht werden sollen. Oder wurde das Stimmvolk damals mit der Sekundarschule Behörde einfach geködert, um den grossen Fisch Egelsee bei der zweiten Abstimmung sicher ins Boot zu holen, weil die Schule ein bisschen mehr Vertrauen geniesst? Oder gibt es von Seiten der Sekundarschule mit der Übergabe der Betriebsführung einfach auch ein grosses Aufatmen, weil man sich übernommen hat?

Vertrauen ist gut, doch die SVP-Fraktion wollte es genauer wissen. Wir danken daher SR Raggenbass, dass sie uns an der Fraktionssitzung Rede und Antwort gestanden ist. Sie hat uns nämlich versichert, dass der Gesinnungswandel einem Prozess geschuldet ist und dass man diesen Prozess zugelassen hat. Warum dieser Prozess aber bereits jetzt beendet wird, sprich der geköderte Fisch bereits jetzt zu Tische getragen wird, ist für einen Teil der Fraktion bis jetzt nicht endgültig schlüssig. Denn der Zeitpunkt des Gesinnungswandels kann durchaus auch als heikel und schwierig betrachtet werden. Mit der Pensionierung von SR Raggenbass ergibt sich ein Wechsel in der Departementsführung. Das Fehlen der erforderlichen Kontinuität für ein solches Grossprojekt ist nicht von der Hand zu weisen. Ein Knotenpunkt in dieser ganzen Sache wird damit verbunden die neu geplante Ressortstelle Sportanlagen und Betriebe sein. Das ist sicher eine äusserst attraktive Stelle, die fachliches Know-how sowie Führungsaffinität auf diversen Leitungsebenen erfordert. Wir wünschen uns, dass diese Stellenbesetzung besonders sorgfältig angegangen wird, damit es in der Tat eine gewisse Entlastung geben kann. Denn das Departement Gesellschaft ist eng mit der Person Ruedi Wolfender verknüpft. Die SVP-Fraktion schätzt sein Engagement enorm, denn Ruedi Wolfender arbeitet nicht nur, sondern er chrampt mit Leib und Seele, und manchmal würden wir ihn auch gern ein bisschen zurückhalten, damit ihm nicht plötzlich vor der Pensionierung die Luft oder die Lust an der Arbeit noch ausgeht. Wir bitten deshalb den Stadtrat, wieder einmal zu prüfen, ob das Departement Gesellschaft entlastet werden kann, zum Beispiel in dem die ganze Liegenschaftsverwaltung wieder zurück zum Departement Bau geht. Am Montag in der Fraktionssitzung haben wir von SR Raggenbass gehört, die Stadt macht das gern, wir sind seit zehn Jahren schon tief darin, auch mit dem Hörnlibetrieb, es gehört quasi schon zur Stadt. Wenn dem so ist, dann wollen wir keine Spielverderber sein, aber nehmt bitte die Bedenken und Kritik unbedingt mit, denn die SVP-Fraktion wird nur knapp mehrheitlich der Übernahme der Betriebsführung zustimmen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Seite 3, 2.3 Betriebskommission

GR Brändli: Hierzu ein paar Anmerkungen aus der GKS: Es ist klar, dass diese Richtlinien in der Hoheit des Stadtrats sind, aber wir haben selbstverständlich auch in der Kommission darüber diskutiert und haben ein paar Änderungsformulierungen beantragt, was in Absprache mit dem Departement pasierte.

Art. 9 Zusammensetzung: Wir entfernen das Wort "höchstens". "Die Betriebskommission setzt sich aus 8 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen."

Art. 9 Abs. 1 Lit. b.: "Je ein Sitz steht dem Gemeinderat Kreuzlingen (GKS) zu." Die (GKS) haben wir entschieden zu streichen.

Art. 9 Abs. 2 neu: " Das Departement Gesellschaft und die Betriebsleitung sind mit beratender Stimme vertreten." "Das Departement Gesellschaft" wird gestrichen.

Art. 10 Abs. 1 neu: "Die Wahl erfolgt jeweils für eine Legislatur." Die Amtsdauerbeschränkung wurde entfernt. Begründung: In der Betriebskommission hat es auch Mitglieder aus den Schulbehörden, da können wir nicht von uns aus eine Amtszeitbeschränkung einbauen, denn sie unterliegen anderen Gegebenheiten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Botschaft wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Verschiedenes

9. Postulat Seeradweg – Eine zukunftsweisende Velostrasse / Eingang

Der Ratspräsident: Von der EVP Partei ist das Postulat "Seeradweg" von GR Leuch eingegangen.

9.1 Postulat Heimwegtelefon für die Stadt Kreuzlingen / Eingang

Der Ratspräsident: Ausserdem ist das Postulat "Heimwegtelefon für die Stadt Kreuzlingen" von der SP/GEW/JUSO-Fraktion eingegangen.

9.2 Frage Nutzen der Notleitung bei Bottighofen

GR Salzmann: In einem lichten Moment in der Irrfahrt der deutschen Energiepolitik haben die Deutschen entschieden, die Gasumlage nun doch nicht einzuführen. Das hätte uns auch betroffen, weil wir auch am deutschen Gasnetz hängen. Nun gibt es auch das Gasnetz Oberthurgau, welches definitiv ein Schweizer Gasnetz mit der Schweizer Regulierung ist und sich nicht mit energiepolitischen Launen aus Deutschland auseinandersetzen muss. Das Oberthurgauer Gasnetz reicht bis Bottighofen, also wird Bottighofen vom Oberthurgauer Gasnetz versorgt. Bottighofen ist mit Kreuzlingen mit einer Notleitung verbunden. Na ja, jetzt ist die Frage, was Not konkret bedeutet. Aber bei dieser Knappheit, die sich in einem hohen Preis ausdrückt, können wir vielleicht von einer Not sprechen. Daher meine Fragen an den Stadtrat: Was ist der Nutzen dieser Notleitung? Könnte diese Notleitung vom Volumen her Kreuzlingen versorgen?

SR Beringer: Ich kann diese Frage einfach beantworten. Wir können kein Gas vom Oberthurgau beziehen, es würde nicht reichen. Warum? Wir haben von Konstanz zwei Gaseinspeisungen, die eine beim Emmishofer Zoll, die andere bei der Kunstgrenze. Wir haben eine Ausspeisung im Grenzgebiet zu Bottighofen. Ausspeisung deshalb, weil GOS bis vor Kurzem von uns Gas bezogen hat. Sie hat aber noch eine Gaszufuhr von St. Gallen über verschiedene Stationen. Das allein reicht nicht, um das GOS-Gebiet zu versorgen, deshalb haben sie von uns noch Gas bezogen. Über Jahrzehnte haben sie ihr GOS-Gasnetz punktuell ausgebaut, sodass sie jetzt der Meinung sind, dass sie nicht mehr von Kreuzlingen abhängig sind und über St. Gallen versorgt werden können.

Notleitung: Nehmen wir an, es müsse irgendeine Reparatur ausgeführt werden. Dann verlegt man das auf die Sommermonate, wo weniger Gas fliesst, dann kann man einen Teil abhängen und wir können von Kreuzlingen her ins Gebiet von GOS Gas liefern. Dafür ist diese Leitung gedacht. Es kann auch der umgekehrte Fall sein. Wenn wir eine Reparatur machen müssen, verschieben wir das auch auf den Sommer und können das Gas so untereinander austauschen. Aber grundsätzlich reicht es nicht, dass wir von St. Gallen voll abhängig werden könnten, dafür würde die ganze Infrastruktur von GOS nicht reichen. Und wirtschaftlich gesehen sind wir in den vergangenen Jahrzehnten mit Konstanz viel besser gefahren, weil wir viel tiefere Netznutzungsgebühren mit Konstanz haben, als wenn wir das mit der GOS hätten. Mit der GOS hätten wir zwei Lieferanten, die GOS selbst und St. Gallen, also müssten wir zweimal Netznutzung bezahlen. Daher wäre es viel teurer, wenn wir ans Gasnetz der Schweiz angehängt werden müssten. Von dem her fahren wir wirtschaftlich gesehen sicher gut, wenn wir bei Konstanz angehängt sind. Aber das ganze Thema geht noch weiter, die WEKO hat damit auch noch zu tun. Ich schlage vor, dass wir dieses Thema in der Energiekommission zum Beispiel an der Sitzung vom 16. November detailliert behandeln. Dann kann man in der Kommission auch informieren, was sonst noch alles um das GOS-Netz und das Konstanz-Netz herum ist, damit dann auch der Gemeinderat vollumfänglich informiert ist.

9.3 Frage Erstellung Containerdorf Konstanz

GR Hummel: Ich habe eine Frage an den Stadtrat. Kürzlich konnte man der Presse entnehmen, dass auch Konstanz von Asylsuchenden ziemlich überlaufen ist, wie es halt überall in Mitteleuropa der Fall ist, und dass man sich in Konstanz mit dem Gedanken trägt, ein Containerdorf in Leichtbauweise zu erstellen und das als Standort entweder das Döbeli oder der Platz bei der Kunstgrenze infrage käme. Wurde das an der Grenzlandkonferenz thematisiert?

STP Niederberger: Wir haben das am letzten Dienstag in der Grenzlandkonferenz thematisiert. Sie haben sich erst dafür entschuldigt, dass wir Kreuzlinger nicht vorinformiert wurden, haben uns aber dann die Sachlage ausführlich erklärt. Konstanz betreut aktuell etwa 3'000 Flüchtlinge, da ist der Landkreis im Lead. Von diesen 3'000 Flüchtlingen kommen 1'040 Flüchtlinge aus der Ukraine und es ist damit zu rechnen, dass noch mehr Flüchtlinge nach Konstanz kommen. Sie planen ein provisorisches Containerdorf oder provisorische Einrichtungen beim Flugplatz. Dort sollen längerfristige Unterkunfts-möglichkeiten für die Unterbringung der Flüchtlinge gebaut werden. Bis diese Einrichtung steht, haben sie das Problem, was sie mit den Flüchtlingen machen sollen, die nach Konstanz kommen. Da gab es Überlegungen, ob sie im Klein-Venedig das Zelt, in dem das Oktoberfest war, für eine provisorische Unterbringung umnutzen könnten. Ob das Kommen wird, konnten sie uns noch nicht sagen, da finden zuerst Gespräche mit dem Veranstalter des Oktoberfests statt. Geplant wäre es für die Zeit bis im März oder Mai, da beginnt auch wieder die Sportsaison, bis dann muss die definitive Lösung beim Flugplatz erstellt sein.

GR Hummel: Da habe ich noch eine Information. Die sind bereits dabei, das Zelt abzubauen.

9.4 Information Mehrwertsteuersatz Gaskosten

SR Beringer: Ich wurde in unserer Fraktion zu den Gaskosten bzw. zur Mehrwertsteuer befragt. Die Bundesregierung Deutschland will den Mehrwertsteuersatz für Gas für jene, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, von 19 % auf 7 % senken. Ich wurde gefragt, ob dies Einfluss auf unseren Gaspreis habe. Ich muss leider antworten, dass das nicht geht, weil wir den Gaspreis netto erhalten +7.7 % Schweizer Mehrwertsteuersatz. Wir können es in der Schweiz wieder als Vorsteuer abziehen und müssen es unseren Kunden dann so weiterverrechnen. Davon können wir leider nicht profitieren, sondern es gilt nur für Kunden, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind und Sitz in Deutschland haben.

Sitzungsende: 21.45 Uhr

Beilagen

1. Postulat Seeradweg – Eine zukunftsweisende Velostrasse
2. Postulat Heimwegtelefon für die Stadt Kreuzlingen

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Die Stimmenzählerin

Postulat Seeradweg

Eine zukunftsweisende Velostrasse

Der Seeradweg ist als nationaler und internationaler Radweg bekannt und gekennzeichnet. Der Bodenseeradweg gehört zu den beliebtesten Radwegen Europas und ist Teil der Schweizer Veloroute 2 (Rhein Route).

Wenn der Seeradweg auf Kreuzlinger Stadtgebiet befahren wird, fällt einem jedoch auf, dass er an vielen Ecken kaum als Radweg zu erkennen ist. Öfters sind Radtouristen anzutreffen, die über den weiteren Wegverlauf rätseln.

Um seiner Bedeutung gerecht zu werden ist der gut frequentierte Seeradweg klar aufzuwerten.

Der Seeradweg ist so auszugestalten, dass eine klare Bevorzugung der Velofahrer erreicht wird. Wegführung und Beschriftungen der Route müssen klar und einfach erkennbar sein.

Neuralgische Stellen, die Unklarheiten mit anderen Verkehrsteilnehmern hervorrufen, etwa Querungen, sind entsprechend zu markieren und auszuschildern. Der Klar- und Einfachheit halber sollen sie eingefärbt sein, wie es unsere Nachbarstadt erfolgreich vorzeigt.

EVP Gemeinderat

Thomas Leuch

Parlamentarischer Vorstoss - Unterschriftenblatt

Titel des Vorstosses Postulat Seeradweg

Vorstösser / Vorstösserin

Leuch Thomas R.M.
Name Vorname Unterschrift

Mitunterzeichner / Mitunterzeichnerin

Moss, Daniel [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Salzmann Alexander [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Tekin Ormina [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Donati Pia [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Knöpfli René [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Schlöpfer Roger [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Brändli Christian [Signature]
Name Vorname Unterschrift

POZHUADU NATC [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Freemuth Vincenza [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Raschle Elmer [Signature]
Name Vorname Unterschrift

Kiefer Thomas
Name Vorname Unterschrift

Pleuler Thomas
Name Vorname Unterschrift

Schindler Severine
Name Vorname Unterschrift

Schultress Berg
Name Vorname Unterschrift

Riberai Fabrizio
Name Vorname Unterschrift

Dogru Osman
Name Vorname Unterschrift

Herzog Fabienne
Name Vorname Unterschrift

KNECHT ANDREW
Name Vorname Unterschrift

Hebeisen Addisalem
Name Vorname Unterschrift

Contreuilles Anais
Name Vorname Unterschrift

Herzog Buedi
Name Vorname Unterschrift

Miller Elina
Name Vorname Unterschrift

Huber Groll
Name Vorname Unterschrift



Sozialdemokratische Partei
Kreuzlingen

Kreuzlingen, 6. Oktober 2022

Postulat

Heimwegtelefon für die Stadt Kreuzlingen

Begehren

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob er mit freiwilligen Helfer:innen ein Heimwegtelefon lancieren kann.

Begründung

Nachts allein nach Hause zu gehen, kann manchmal unheimlich sein. Ein Telefonat kann einem dieses mulmige Gefühl nehmen. Doch was ist, wenn es für einen Anruf in der Nacht zu spät ist, da die Freunde oder die Familie bereits schlafen oder nicht erreichbar sind? In diesem Fall hilft das Heimwegtelefon.

Das Heimwegtelefon ist eine Hotline, die nachts, sei es nach einer Spät- oder Nachtschicht sowie dem Ausgang, angerufen werden kann. Am anderen Ende der Leitung sitzt eine Person, die einen auf dem Nachhauseweg begleitet und im Notfall die Polizei verständigen kann.

In Kreuzlingen kann man sich sicher fühlen, das Heimwegtelefon soll keinesfalls den Eindruck erwecken, dass dies nicht der Fall sei. Und dennoch gibt es nachts im Dunkeln, besonders bei Frauen, nicht selten dieses unguete Gefühl im öffentlichen Raum unterwegs zu sein. Wenn mit einem Anruf dieses Gefühl genommen werden kann, ist das Ziel des Heimwegtelefons erreicht. Es gibt bereits mehrere Apps, die dieses Ziel ebenso verfolgen. Das Gefühl der Sicherheit vermittelt aber ein Telefonat nachweislich mehr.

Die Idee des Heimwegtelefons gibt es bereits in anderen Städten. Mit einer Pilotphase kann eruiert werden, ob das Bedürfnis eines Begleittelefons für die Menschen aus Kreuzlingen ebenso gegeben ist. Zusätzlich soll bei der durchaus legitimen Diskussion um das Einsparen von Energie durch eine mögliche Reduktion der nächtlichen Beleuchtung im öffentlichen Raum, der Aspekt des individuellen Sicherheitsgefühls der Kreuzlinger Bevölkerung miteinbezogen werden.

Eine überregionale Kooperation mit anderen Gemeinden und Städten ist denkbar, aus Sicht von Ressourcen vermutlich erstrebenswert. Bei Lancierung dieses Angebots bestehen zudem weitere Möglichkeiten, wie die Restaurant- sowie Barbetreiber:innen zum Beispiel mittels der Kampagne «ist Luisa da?» mit einzubeziehen, die Bevölkerung auf das Handzeichen «Signal for Help» zu sensibilisieren oder weitere Instrumente zu prüfen, die zu einem höheren Gefühl der Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen.

Für die SP/GEW/JUSO-Fraktion Kreuzlingen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Charis Kuntzemüller-Dimitrakoudis'.

Charis Kuntzemüller-Dimitrakoudis

Parlamentarischer Vorstoss - Unterschriftenblatt

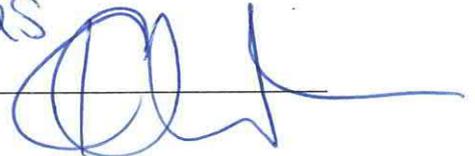
Titel des Vorstosses Heimwegtelefon für die Stadt Kreuzlingen

Vorstösser / Vorstösserin

Contremüller-Dimitrakoudis
Chans

Name Vorname

Unterschrift



Mitunterzeichner / Mitunterzeichnerin

Huber Cyril

Name Vorname

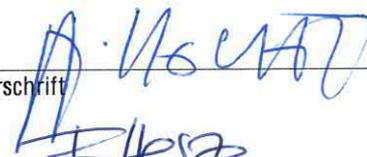
Unterschrift



KNECHT ADRIAN

Name Vorname

Unterschrift



Herzog Fabienne

Name Vorname

Unterschrift



Wittgen Kathrin

Name Vorname

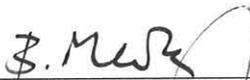
Unterschrift



Merkle Blini

Name Vorname

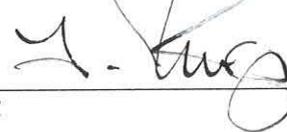
Unterschrift



Riegg best

Name Vorname

Unterschrift



Leutenegger Guido

Name Vorname

Unterschrift



Dahinden Xaver

Name Vorname

Unterschrift



Brändli Anshar

Name Vorname

Unterschrift



Zille Ramona

Name Vorname

Unterschrift



Dogru Osman
Name Vorname
Unterschrift

Fischer Veronika
Name Vorname
Unterschrift

Moss David
Name Vorname
Unterschrift

Leuch Thoun
Name Vorname
Unterschrift

Tekin Armin
Name Vorname
Unterschrift

Donati Pic
Name Vorname
Unterschrift

Knöpfli Rene
Name Vorname
Unterschrift

Schlapp Roger
Name Vorname
Unterschrift

Freimuth Viktoria
Name Vorname
Unterschrift

Pleuler Thomas
Name Vorname
Unterschrift

Hebisen Addisalem
Name Vorname
Unterschrift

Müller Elina
Name Vorname
Unterschrift

Herzog Puedi
Name Vorname
Unterschrift

Hebisen Andreas
Name Vorname
Unterschrift

Uos Wolfender
Name Vorname
Unterschrift